

**Frauke Heiligenstadt**  
**Andreas Philippi**  
**Karoline Otte**  
**Jürgen Trittin**  
**Konstantin Kuhle**

Mitglieder des Deutschen Bundestages



**Karl Heinz Hausmann**  
**Marie Kollenrott**

Mitglieder des Niedersächsischen Landtages

## **Pressemitteilung**

### **Bundes- und Landtagsabgeordnete der Ampel-Parteien ziehen an einem Strang, um die 480 Arbeitsplätze in Zorge zu sichern**

Berlin, 07.04.2022

Bezug:

Anlagen:

#### **Frauke Heiligenstadt, MdB**

Scharnhorstplatz 8

37154 Northeim

Telefon: +49 5551 - 908 1111

Fax: +49 5551 - 9888309

[frauke.heiligenstadt@bundestag.de](mailto:frauke.heiligenstadt@bundestag.de)

#### **Berliner Büro**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-72606

Fax: +49 30 227-2372606

[frauke.heiligenstadt@bundestag.de](mailto:frauke.heiligenstadt@bundestag.de)

Die Eisengießerei Harz Guss Zorge im strukturschwachen Südharz befindet sich mit ihren rund 480 Beschäftigten in einer schwierigen Lage. Der jetzige mit Koks befeuerte Schmelzofen muss durch einen neuen Elektro-Ofen ersetzt werden, um langfristig klimaneutral produzieren zu können. Die Kosten für den modernen Elektro-Ofen inklusive der notwendigen Infrastruktur betragen etwa 15 Millionen Euro. Das Unternehmen ist bereit, diese Summe zu investieren, allerdings fehlt es an der notwendigen 110-KV-Stromtrasse, um den Elektro-Ofen betreiben zu können. Ohne die Stromtrasse droht die Standortschließung.

Die Bundestagsabgeordneten: Frauke Heiligenstadt (SPD), Andreas Philippi (SPD), Karoline Otte (B'90/Grüne), Jürgen Trittin (B'90/Grüne) und Konstantin Kuhle (FDP) sowie der Landtagsabgeordnete Karl Heinz Hausmann (SPD) und die Landtagsabgeordnete Marie Kollenrott (B'90/Grüne) haben deshalb bereits Gespräche mit dem Niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies (SPD) geführt, um eine Lösung für den Bau der Stromtrasse herbeizuführen, damit die 480 Arbeitsplätze gesichert werden können. Das Niedersächsische Umweltministerium prüft nun verschiedene Möglichkeiten, wie das Land hier unterstützen könnte. In diesem Zusammenhang geht es um eine Umstellung der industriellen Produktion weg von fossiler Energie hin zu Stromnutzung, die in Zukunft auch klimaneutral geschehen kann. Außerdem wird auch die Reduktion der Gasnutzung zugunsten von (Grün)strom geprüft.

Gemeinsam ziehen die Vertreterinnen und Vertreter der Ampel-Parteien in Südniedersachsen in Bund und Land an einem Strang und setzen sich für die Sicherung der Arbeitsplätze im Harzrandgebiet ein. Dabei wollen sie ausloten, inwieweit auch mit einer finanziellen Unterstützung durch Land und Bund gemeinsam ein Teil der Investitionen für den Bau der Stromtrasse übernommen werden kann.